

Beschluss (vorläufig) Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 02.04.2022

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 I Einführung

2 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg
3 in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer*innen und aller vom Krieg
4 betroffenen Personen und Geflüchteten.

5 Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in Europa
6 fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es ist richtig,
7 dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es umgekehrt
8 nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen noch offen
9 sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und
10 humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der
11 Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen Fragen dieser
12 Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den
13 Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und
14 begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der russischen
16 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg der eigenen
17 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies entschieden
18 gegen die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe gegen ukrainische sowie russlandstämmige
19 und russischsprechende Menschen und Einrichtungen in unserer Stadt. Wir setzen uns für ein
20 Berlin ein, in der alle Menschen sich sicher und frei bewegen und leben können.

21 II Sicherheitspolitik umfassend denken

22 Wir müssen in unsere Sicherheit investieren und diese Sicherheit breit denken, um Frieden
23 langfristig zu gewährleisten. Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber nicht nur
24 durch zweckmäßig ausgestattete Bundeswehr und Rüstungsgüter erreicht. Dazu gehört eine
25 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf kritische
26 Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale Voraussetzung für
27 langfristigen und nachhaltigen Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie, feministische
28 Klimaaußenpolitik, atomare Abrüstung, internationale zivile Krisenprävention sowie
29 humanitäre Hilfe.

30 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden wird und sich
31 dies auch im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der haushaltspolitischen
32 Entscheidungen müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des Vorhabens stehen.
33 Nur wenn wir in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr
34 Sicherheit erreichen können. Mehr Sicherheit erreichen wir nicht durch das Verfolgen des 2%-
35 Ziels der NATO-Staaten, sondern durch gezielte Investitionen in die Bündnis- und
36 Verteidigungsfähigkeit. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir
37 strikt ab. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro nur für die Bundeswehr, genauso wie
38 die Kürzung von Haushaltsmitteln für die soziale Sicherheit zu Gunsten der
39 Aufrüstungsfinanzierung sind nicht zielführend. Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr kommen

40 erst nach einer umfassenden Prüfung der Verwendung bereits vorhandener Mittel des
41 Bundesverteidigungsministeriums in Betracht. Zusätzliche Mittel im Bereich Verteidigung
42 müssen mit klarer Zielvorgabe, unter maßgeblicher Berücksichtigung eines erweiterten
43 Sicherheitsbegriffs eingesetzt und deren Einsatz parlamentarisch kontrolliert werden.
44 Wichtig ist zudem, das in Teilen dysfunktionale Beschaffungswesen zu verbessern. Zugleich
45 braucht es endlich eine strukturelle Antwort auf das zunehmend transparent werdende
46 Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

47 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen grundlegenden
48 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist finanzpolitisch
49 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht es jetzt
50 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu ermöglichen, die die
51 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind. Aufgrund der
52 aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte
53 Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass Menschen, die über mehr Geld
54 verfügen auch mehr zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen müssen, besonders in
55 dieser Ausnahmesituation.

56 Wir alle wünschen uns eine rasche Rückkehr zum Frieden. Dabei ist klar: Die Ukraine hat wie
57 alle souveränen Staaten das Recht auf Selbstbestimmung und territoriale Integrität.

58 Eine EU-Mitgliedschaft ist nie eine Frage von Tagen oder Monaten, doch wenn die Ukraine
59 diesen Weg langfristig gehen sollte, sollte sie auf dem Weg unterstützt werden, um die
60 notwendigen Kriterien schnellstmöglich erfüllen zu können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin
61 bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der Ukrainer*innen. Die Waffenlieferungen der
62 Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen Hintergrund ein gebotenes, wenngleich
63 schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein Ausnahmefall bleiben. Grundsätzlich gilt
64 weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und Konfliktgebiete. Wir fordern
65 von der Bundesregierung überdies, dass sie das Rüstungsexportkontrollgesetz rasch
66 vorantreibt und begrüßen, dass Annalena Baerbock scharfe Regelungen angekündigt hat.

67 Um Putin nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern wirtschaftlich und innenpolitisch in die
68 Knie zu zwingen, gilt es die Europäischen Sanktionen gegen russische Oligarchen bzw.
69 Personen auf der EU-Sanktionsliste endlich konsequent durchzusetzen: Die Berliner
70 Strafverfolgungsbehörden müssen sicherstellen, dass bestehende Vermögenswerte eingefroren
71 werden. Länder und Kommunen brauchen zudem eine schnelle Handreichung der gesetzlichen
72 Grundlagen und Verfahren sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Taskforce des Bundes. Zudem
73 sollte das Instrument der Beschlagnahmung von Wohn- und Gewerbeimmobilien zur Umsetzung von
74 Sanktionslisten bundesgesetzlich ermöglicht werden. Italien ist hier ein gutes Vorbild, wie
75 es funktionieren kann. Zudem sollte über die Taskforce der G7-Staaten auch Europol mit
76 einbezogen werden.

77
78 Besonders auf dem Berliner Immobilienmarkt besteht hier Handlungsbedarf: Die vielen
79 Möglichkeiten der Eigentumsverschleierung in Deutschland rächen sich hier bitter. Personen,
80 die auf der EU-Sanktionsliste stehen müssen daran gehindert werden mit Immobilien oder
81 Bauprojekten weiterhin Einkünfte und Vermögen zu erzielen. Um mehr Transparenz auf dem
82 Immobilienmarkt herzustellen, braucht es weiterhin dringend ein Mieten- und
83 Liegenschaftskataster, in das der wirkliche Eigentümer eingetragen werden muss. Hier steht
84 der Senat in der Pflicht, endlich die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen. Wir Grüne
85 fordern grundsätzlich: undurchsichtige Firmengeflechte sollten keine Immobilien mehr
86 erwerben können. Steueroasen müssen zudem trocken gelegt werden.

87 III Globale Gerechtigkeit und sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

88 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die internationale
89 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie Jemen und
90 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dem
91 UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu höheren Preisen
92 Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland ein klares
93 Zeichen globaler Solidarität setzen.

94 Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig nachhaltige Ernährungssysteme,
95 Ernährungssouveränität und die Unabhängigkeit von energieintensiven Produktionsmitteln sind.
96 Wir Grüne setzen deshalb konsequent auf ein gegenüber Krisen robusteres Ernährungssystem,
97 das durch eine deutliche Reduktion der Tierbestände und Stärkung der pflanzlichen Ernährung
98 weniger Fläche für die Futterproduktion verbraucht, und fordern, den „Green Deal“ und die
99 „Farm to Fork“ auf EU-Ebene weiter voranzubringen, um Klima-, Arten- und Tierschutz zu
100 fördern.

101
102 Zusammen mit unseren Partner*innen in der Europäischen Union und in der Tradition eines
103 echten Multilateralismus wollen wir insbesondere auch mit den Ländern des globalen Südens
104 zusammenarbeiten. Nur wenn alle Menschen sicher vor Hunger, Klimafolgen und Diskriminierung
105 sind, können sie in Frieden leben. Für uns bedeutet Sicherheit daher auch, unsere
106 gemeinsamen Ziele für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Wir
107 fordern daher die Umsetzung des 0,7 % Zieles in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit,
108 wie im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart. Dort haben die Regierungsparteien auch erklärt,
109 dass die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und
110 Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen
111 sollen. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen weiterhin ein Grundpfeiler
112 der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben und entsprechend finanziert werden.

113 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande bereits
114 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und Lebensmittelpreise enorm
115 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen. Dabei ist
116 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu entlasten,
117 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere Gesellschaft in Zeiten
118 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung bereits
119 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem Heizkostenzuschuss für
120 Wohngeld-Empfänger*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag für Familien
121 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld, einer
122 Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer Erhöhung des
123 Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro
124 als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur*innen in den
125 Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat kosten soll. Das
126 sichert Mobilität für Millionen von Pendler*innen und ist ein großer Schritt nach vorne für
127 eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen Schritte:
128 auch Student*innn und Rentner*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden. Wir müssen
129 darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt. Überdies schließen wir uns den
130 Forderungen vieler Verkehrsminister*innen der Länder an, dass das 90-Tage-Ticket für den
131 ÖPNV zum Nulltarif angeboten werden sollte und die Mittel des Bundes zusätzlich zu den
132 bisherigen Regionalisierungsmitteln kommen müssen. Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV,
133 insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen wir langfristig die Tarife fahrscheinlos
134 gestalten.

135 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von einer
136 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher, die rasche
137 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung. Wir brauchen

138 sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale Gerechtigkeit und
139 Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides.

140 IV Energiewende in Land und Bund

141 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die Abhängigkeit
142 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten Jahrzehnten geraten
143 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten aus Russland
144 muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus sicherheitspolitischen Gründen
145 so schnell wie möglich beendet werden.

146 Dafür müssen wir neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch solidarisch Energie sparen.
147 Eine fortbestehende fossile Abhängigkeit ist nicht tragbar, da sie zum einen Putins Diktatur
148 und Krieg finanziert und zum anderen höchst klima- und umweltschädlich ist. Wir können und
149 sollten uns nicht auf die fossilen Energielieferungen von unberechenbaren Autokraten
150 verlassen, stattdessen muss unser Ziel die europäische Energiesouveränität durch Erneuerbare
151 Energien sein. Echte Energiesouveränität und Unabhängigkeit von russischen Energieträgern
152 wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen deshalb einen Energiewende-Booster, um
153 den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu schaffen.

154 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr fossiler
155 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir begrüßen
156 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der
157 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien
158 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die Versorgungssicherheit durch
159 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern im Blick
160 behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien auch aus
161 Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie z.B. Katar.
162 Es kann aber nur eine letztmögliche und kurzfristige Lösung sein, dass wir uns von einem
163 autokratischen Regime ab- und einem anderen zuwenden.

164 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu
165 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch können wir
166 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles tun, um Gas
167 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die Gasinfrastruktur
168 umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg noch vor 2030
169 halten wir fest.

170 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen
171 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen wollen. Dafür
172 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen brauchen.
173 Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in die Energie-
174 und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg in der
175 Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

176 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen wir ein
177 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem soll der
178 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für Wärmepumpen
179 zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker*innen und beenden die
180 Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere rechtlichen
181 Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

182 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen. Hierfür wollen
183 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und mit den
184 Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne vereinbaren.

185 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch konsequenter
186 erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze einführen.

187 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden wir in einem
188 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin verbessern. Für
189 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des Bundes als
190 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf, um den
191 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher Geothermie zu
192 lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere als
193 Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die sich
194 hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive schaffen wir nur
195 gemeinsam mit Brandenburg.

196 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins Häuser. Dazu
197 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der Bundesregierung, einen
198 ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken schließen
199 wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

200 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in Klimaberufen.
201 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und Innungen, eine
202 Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu begeistern.

203 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend durchführen und
204 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen. Privathaushalte
205 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über ihre
206 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker bewerben. So ist
207 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert, die Anlagen
208 verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der Mieter*innen.
209 Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu verkraften sind,
210 müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und Maßnahmen
211 zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

212 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der Energieeffizienz des
213 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger zahlt ein*e
214 Eigentümer*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir klare Anreize,
215 in Energieeffizienz zu investieren.

216 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,
217 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von 25% Solarstrom
218 2035 im Koalitionsvertrag durgesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der Solarpflicht für
219 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits wichtige Weichen
220 für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das Land Berlin
221 konsequent fortsetzen.

222 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an der Regierung
223 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund*innen intensivieren. Beide Bundesländer können
224 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im Auftrag von
225 Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame Task Force
226 Energiewende in der Metropolregion.

227 V Klimaschutz und Mobilitätswende

228 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in der Ukraine
229 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und effizienter
230 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick auf den

231 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der zweitgrößte Emittent
232 von CO2 ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr zwar weniger
233 klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die Mobilitätswende muss
234 daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele Menschen davon zu
235 überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger und
236 drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver gestalten.

237 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode haben wir
238 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in Berlin je gab.
239 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot wird dies
240 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir werden daher die
241 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver machen. Um
242 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote schaffen zu
243 können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt werden die
244 Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch nicht
245 reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie
246 beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO2-Emissionen betrifft und sozial
247 gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und den Ausbau des
248 ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden.

249 Wir unterstützen die Pläne der SenUMVK, die Verfahren für Bus- und Radspuren zusammen mit
250 den Bezirken zu beschleunigen. Diesen Weg wollen wir kontinuierlich ausbauen. Um schnell
251 fossile Energien einsparen zu können, fordern wir zudem die Einführung von mindestens einem
252 autofreien Sonntag pro Monat in Berlin. Wir werden überdies alle rechtlichen Möglichkeiten
253 nutzen, um Tempo 30 für den motorisierten Individualverkehr in der Stadt durchzusetzen. Wer
254 sein Auto stehen lässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem vorankommen.
255 Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler*innen und für Menschen gilt, die am
256 Stadtrand wohnen.

257 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

258 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist Berlin als
259 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten ukrainischen
260 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen in der
261 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe
262 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen organisatorischen,
263 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.
264 Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt explizit
265 auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler*innen und Staatenlosen ein,
266 die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden

267
268 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial Profiling“ an der
269 polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und rassistischen
270 Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der Krieg in
271 der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Für
272 uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine
273 flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten.

274 So etwa Angehörige der Minderheit der Roma, die bereits vor dem Krieg stark diskriminiert
275 und sozial-benachteiligt waren. 40% der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind staatenlos. Wir
276 benötigen eine funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf die anderen
277 Bundesländer. Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ* und BIPOC sollen aber nicht gegen
278 ihren Willen durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne unterstützende

279 Strukturen verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Bei Menschen mit
280 Behinderung soll eine Verteilung außerhalb Berlins nur dann erfolgen, wenn vor Ort gleiche
281 Möglichkeiten zur Teilhabe wie in Berlin bestehen. Für diejenigen, die in Berlin bleiben,
282 gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die
283 Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt
284 tatsächlich zu ermöglichen. Wir werden uns auf Bundesebene und auch in Berlin mit allen
285 Kräften dafür einsetzen, dass für Drittstaatsangehörige gleichberechtigte
286 Aufenthaltsperspektiven geschaffen werden. Dazu gehört es auch, die Menschen in die Lage zu
287 versetzen, rechtliche Voraussetzungen erfüllen zu können. Es braucht zudem in Absprache
288 zwischen Bund und Ländern einen klaren finanziellen Rahmen, der die besondere Situation
289 Berlins anerkennt und dieser gerecht wird. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, dem
290 Land Berlin die notwendigen Finanzmittel und strukturellen und personellen
291 Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

292 Das Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet. Die gezeigte
293 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie verzweifelten
294 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die Verwaltung auf
295 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die ehrenamtliche
296 Helfer*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe weiter gewachsen
297 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken und
298 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und
299 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen
300 professionellen und den bereits bestehenden ehrenamtlichen Strukturen von besonderer
301 Bedeutung, um die Kontinuität von Projekten und Angeboten zu sichern und eine stete
302 Verbesserung der Angebote zu erreichen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt eine
303 vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die
304 zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau professioneller
305 Hilfestrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt wird
306 mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion aller
307 geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in allen
308 gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert. Dabei sollen u.a. geflüchtete Kulturschaffende
309 und Kulturprojekte für Geflüchtete besondere Unterstützung erfahren sowie Jugendbegegnungen
310 zur Kriegsaufklärung gefördert werden.

311 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um die
312 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit rechnen, dass
313 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter ansteigen
314 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in den
315 Ankunftszentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere Unterkünfte
316 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern daher den
317 Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von eigenen
318 Unterkünften für LSBTIQ*- und BIPoC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu unterstützen. Zudem
319 müssen in allen Einrichtungen Betreiber*innenschutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur
320 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
321 Queerfeindlichkeit implementiert werden. Den Senat fordern wir auf, zivilgesellschaftliche
322 Plattformen, die die private Unterbringung Geflüchteter organisieren, professionell zu
323 beraten. Dabei müssen sowohl die Sicherheit und der Schutz vulnerabler Gruppen gewährleistet
324 als auch ehrenamtliches Engagement niedrigschwellig möglich sein.

325 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem zügig zum
326 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze errichtet werden.
327 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können, insbesondere auch jene,
328 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere Vereinbarungen über

329 Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten
330 Wohnungsunternehmen. Zudem muss der Zugang zum Wohnberechtigungsschein für Geflüchtete
331 unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus endlich ermöglicht werden. Zudem wollen wir
332 durch Programme wie „Wohnen für Hilfe“ oder durch die Kooperation mit Sozialen Trägern
333 Alleinlebende in großen Wohnungen oder gar Häusern davon überzeugen, Menschen aufzunehmen.
334 Zudem wird es umso dringender, dass neuer Wohnraum im bezahlbarem Segment entsteht. Die
335 Schaffung ausreichender UnterbringungsKapazitäten ist nur möglich, wenn alle Beteiligten in
336 der Stadt ihren Beitrag leisten. Nicht nur die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sollten wie
337 bisher feste Vermietungsquoten für Geflüchtete erfüllen, auch die großen privaten
338 Wohnungsunternehmen stehen in der Pflicht, einen deutlichen Beitrag zu leisten.

339 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen Bedarfen
340 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des Aufenthalts und
341 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen Unterstützung für
342 Drittstaatler*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen gesundheitlichen,
343 psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat reagieren –
344 insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten mit HIV oder
345 anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

346 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern oder mit
347 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund*innen in der Ukraine und
348 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie gehören zu den
349 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis 90/Die
350 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und Informationen zu
351 Gewalt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Kampf gegen Menschenhandel von Seiten der
352 Bundes- und Landespolizei sowie des Senats noch mehr in den Fokus gerückt wird.
353 Letztgenannter soll gemeinsam mit dem vom Bundesfamilienministerium geförderten
354 Koordinierungskreis gegen Menschenhandel eine Struktur schaffen, die darauf abzielt
355 Menschenhandel und Ausbeutung von Schutzsuchenden maximal zu verunmöglichen. Die Teilnahme
356 an einem Integrationskurs, Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsmarktangeboten soll allen
357 geflüchteten Menschen aus der Ukraine zügig ermöglicht werden. Mütter können diese Angebote
358 nur nutzen, wenn sie eine Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die schnelle
359 Eingliederung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein, nicht nur in
360 Willkommensklassen, sondern auch direkt integriert in die Regelklassen verbunden mit
361 hybriden Lernmodellen, temporären außerschulischen Lerngruppen und frühkindlicher
362 Sprachförderung außerhalb der Kitas. An den Schulen ist eine ausreichende personelle
363 Ausstattung der schulpsychologischen Beratung zu gewährleisten.

364 Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen, insbesondere unbegleiteten minderjährigen
365 Geflüchteten, sind von Minute eins an zu berücksichtigen. Darüber hinaus befürworten wir
366 vereinfachte Einstellungsverfahren für die ukrainischen Geflüchteten als pädagogische
367 Fachkräfte für ihre berufliche Integration und gleichzeitig als Brückenbauer*innen zwischen
368 den Kindern und Jugendlichen und den Bildungssystemen der Ukraine und Deutschlands.

369 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht zulasten
370 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir dürfen und werden
371 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-
372 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für sie muss es
373 sichere & legale Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als „Sicherer Hafen“
374 heißt alle Schutzsuchenden willkommen.